

Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme von Grundwasser¹ aus einem Brunnen

Antragstellende Person

Name, Vorname / Firma oder Organisation inkl. Ansprechpartner*in
Straße und Hausnummer, PLZ, Wohnort
Telefon
E-Mail

Örtliche Lage der Gewässerbenutzung - Entnahmestelle

Bezeichnung des Brunnens			
Stadt/Gemeinde	Gemarkung	Flur	Flurstück
Nordwert ²		Ostwert ²	

Umfang und Zweck der Gewässerbenutzung

Entnahme von Grundwasser in einer Menge von maximal		
l/s	m ³ /d	m ³ /a
Im Zeitraum		
von		bis
Zweck		
Betriebseinrichtung		
Art	Antrieb	Leistung
		l/s

Wichtig

Unterlagen zum Formular (siehe *Anlage zum Antragsformular*)

Datenschutzerklärung

Daten eines Antrages zur Erteilung von wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren gelten als personenbezogene Daten, denn diese können einer konkreten Person zugeordnet werden. Der*Die Antragsteller*in hat ein schutzwürdiges Interesse daran, dass personenbezogene Daten nicht allgemein zugänglich sind. Die Zusammenstellung der Informationen und der Leistungsbescheid werden ausschließlich an den*die berechtigten*e Antragsteller*in versandt.
 (*steht für alle nicht genannten Geschlechter)

Dienstgebäude

Umwelt- und Bauordnungsamt
 SG Wasserwirtschaft/Bodenschutz
 Schwarzburger Chaussee 12
 07407 Rudolstadt

Kontakt

Telefon: 03672 823-813
 Fax: 03672 823-370
 E-Mail:
 wasserundbodenschutz@kreis-slf.de

Öffnungszeiten

Termine sind jederzeit nach Vereinbarung möglich!

Bankverbindung

Kreissparkasse Saalfeld-Rudolstadt
IBAN
 DE25 8305 0303 0000 0000 19
SWIFT-BIC
 HELADEF1SAR

Gläubiger-ID

DE86LRA00000113657

¹⁾ Die Gebührenentscheidung beruht auf dem Thüringer Verwaltungskostengesetz sowie der Thüringer Allgemeinen Verwaltungskostenordnung i. V. m. der Thüringer Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz (ThürVwKostOMLFUN) (i. d. g. F.).

²⁾ Koordinatenreferenzsystem ETRS89 Z32 (EPSG 25832)

 Ort, Datum

 Unterschrift

Anlage zum Antragsformular zur Entnahme von Grundwasser aus einem Brunnen

Dem Antrag auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis für die Entnahme von Grundwasser aus einem Brunnen sind folgende Unterlagen beizufügen:

1. Mindestunterlagen:

- a. Verzeichnis der Planvorlagen
- b. Erläuterung:
Inhalt:
 - Vorhabensträger,
 - Zweck des Vorhabens,
 - bestehende Verhältnisse (u.a. Schutzgebiete, Altlasten, ...),
 - Art und Umfang des Vorhabens (u.a. beabsichtigte Betriebsweisen, Mess- und Kontrollverfahren, ...),
 - Auswirkung des Vorhabens (insbesondere auf Abflusshauptzahlen, Gewässerbeschaffenheit, Schutzgebiete, ...)
- c. Übersichtslageplan TK25 oder TK10
- d. Lageplan (Maßstab 1:2.500 oder größer)
- e. Auszug aus der Flurkarte

Hinweis: 1c-e u.a. über den Kartendienst des TLUBN, Geoproxy oder Google-Earth möglich.

2. Neben den Mindestunterlagen beizufügende Unterlagen:

- a. Bauzeichnung der Wassergewinnungsanlage
- b. Grundstücksverzeichnis (alle vom Vorhaben betroffenen Grundstücke)
- c. Wasserbedarfsberechnung (mittlerer Tagesbedarf im Jahresdurchschnitt und höchster Tagesbedarf), insbesondere mit Angaben zum Versorgungsgebiet, Versorgungsraum, bewässerte Fläche o. dgl.
- d. Art des Brunnenausbaus und Betriebsweise der Betriebseinrichtung (z.B. automatische Abschaltung)
- e. Art der Wasseraufbereitung mit Angaben über Anfall und Beseitigung des Schmutzwassers
- f. Überschusswasser und seine Beseitigung

ferner, wenn für die Verwendung des Wassers Trinkwasserqualität vorgeschrieben ist,

- g. Untersuchungsbefunde über die chemisch-physikalische und mikrobiologische Beschaffenheit des Wassers entsprechend der Trinkwasserverordnung

Hinweis

Nach Lage des Einzelfalls können sowohl über die hier geforderten Unterlagen hinausgehende Antragsunterlagen notwendig sein als auch in diesem Antrag geforderte Unterlagen entfallen, soweit sie nicht für die Beurteilung des zu genehmigenden Vorhabens erforderlich und entscheidungsrelevant sind.

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten
(Informationspflicht nach Art. 13 DS-GVO - Direkterhebung beim Betroffenen)

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Verantwortlicher: Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
Der Landrat
Schloßstraße 24
07318 Saalfeld

Innerorganisatorisch für die Datenverarbeitung verantwortlich:

Amt: Umwelt- und Bauordnungsamt
Sachgebiet: Wasserwirtschaft/Bodenschutz
Kontakt:
Telefon 03671/ 823 811
Fax 03671/ 823 370
E-Mail wasserundbodenschutz@kreis-slf.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Postanschrift:	Kontakt:
Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt	Telefon 03671/ 823 559
Datenschutzbeauftragter	Fax 03671/ 823 964
Schloßstraße 24	E-Mail datenschutzbeauftragter@kreis-slf.de
07318 Saalfeld	

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 1 DS-GVO)

wasserrechtliche Genehmigungsverfahren, Überwachungs- und Kontrollpflichten, Sachverhaltsermittlungen, wasserrechtliche Anzeige- und Ordnungswidrigkeitsverfahren, Verwaltungsstreitverfahren

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c HS 2 DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage des Wasserhaushaltsgesetz und darauf erlassene Verordnungen bzw. des Thüringer Wassergesetz und darauf erlassene Verordnungen jeweils i.V.m. § 22 und 26 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

<input checked="" type="checkbox"/> innerhalb des Verantwortlichen:	Bauaufsicht, ggf. Bußgeldstelle bzw. Kreiskasse
<input checked="" type="checkbox"/> Auftragsdatenverarbeitung:	Wartungsadministrator der Fachanwendungen Thalix
<input checked="" type="checkbox"/> Dritte (außerhalb des Verantwortlichen):	Träger öffentlicher Belange, bspw. Thüringer Landesverwaltungsamt, Städte und Gemeinden, Gerichte, Gutachter, Sachverständige

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die konkrete Speicherdauer kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht angegeben werden. Daher werden die Daten so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen für die (jeweilige Aufgabenerfüllung beschreiben) erforderlich ist.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 lit. b DS-GVO)

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. c DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht nicht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 lit. a DS-GVO).

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 lit. d DS-GVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 lit. e DS-GVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen: ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Ein Verfahrensbearbeitung ist nicht möglich. Ein Antragsverfahren kann nicht abgeschlossen werden. Durch die fehlende Mitwirkung an ordnungsrechtlichen Verfahren kann es zu Bußgeldverfahren oder strafrechtlichen Konsequenzen kommen.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO (Art. 13 Abs. 2 lit. f DS-GVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht mittels automatisierter Entscheidungsfindung.

13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3 DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden.